

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GFL/EVP (Barbara Streit-Stettler, EVP) vom 30. November 2006: Eintauschaktion „Auto gegen Libero- und Mobility-Abo“ (06.000328)

In der Stadtratssitzung vom 16. August 2007 wurde das folgende Postulat Fraktion GFL/EVP erheblich erklärt:

Aufgrund des Postulates Fraktion SP/JUSO „Eintauschaktion Führerausweis gegen BäreAbi“ bot die Stadt Bern diesen Sommer die Möglichkeit an, den Führerausweis während eines Monats gegen ein Libero-Abo einzutauschen. Zu unserem grossen Bedauern blieb bekanntlich das Echo auf diese Aktion sehr klein.

Eine andere Idee, die in diesem Herbst im Raum Zürich verwirklicht wurde, zielt in die gleiche Richtung, scheint aber Erfolg versprechender zu sein: An den beiden Samstagen vom 28. Oktober und 11. November 2006 fanden in Schlieren bei Zürich Autotauschaktionen statt. Wer sein Auto loswerden wollte, konnte es durch neutrale Experten nach dem Eurotax-blau-Tarif bewerten lassen, eine Gelegenheit, die 116 Autobesitzerinnen und –besitzer nutzten. 59 Autobesitzer entschieden sich, ihr Auto gegen ein ZVV-Mobility-Kombiabo, einen Barbetrag sowie eine Mobility-Fahrgutschrift einzutauschen. Sie werden sich diesen Winter deshalb nicht mehr um Winterpneus, Versicherungen, Vignetten oder Service kümmern müssen.

Das ZVV-Mobility-Kombiabo ist einerseits das Ticket für das gesamte Gebiet des Verkehrsverbundes Zürich (ZVV) und bildet andererseits den elektronischen Schlüssel zu den schweizweit 19'850 Mobiltiy-CarSharing-Fahrzeugen. Das Kombiabo ermöglicht eine optimale kombinierte Mobilität: Für jeden Fahrzweck kann das sinnvollste Verkehrsmittel eingesetzt werden. Einerseits sind das öffentliche Verkehrsmittel wie Bahn, Bus, Tram, Schiff, andererseits CarSharing-Autos.

Zwar ist ein Kombiabo von Mobility und den öffentlichen Verkehrsmitteln im Raum Bern noch nicht verwirklicht. Ein Postulat der Fraktion SP/JUSO das eine „Mobilitätscard“ für Bern forderte, wurde aber an der Stadtratssitzung vom 1. Juni 2006 erheblich erklärt. In seiner Antwort versprach der Gemeinderat, „soweit es der Einflussbereich der Stadt erlaubt“ das Potential der im Postulat angeregten „Mobilitätscard“ für Bern detailliert abzuklären.

In diesem Sinne beauftragen wir den Gemeinderat nun zusätzlich, auf dem Platz Bern die Durchführung von Autotauschaktionen entsprechend denjenigen im Raum Zürich zu prüfen und dem Stadtrat darüber zu berichten.

Bern, 30. November 2006

Postulat Fraktion GFL/EVP (Barbara Streit- Stettler EVP), Nadia Omar, Susanne Elsener, Conradin Conzetti, Anna Magdalena Linder, Ueli Stückelberger, Martin Trachsel, Verena Furrer-Lehmann, Gabriela Bader Rohner, Erik Mozsa, Peter Künzler

Bericht des Gemeinderats

Das Postulat der Fraktion GFL/EVP stellt richtigerweise fest, dass das Echo auf die Eintauschaktionen Führerausweis gegen Libero sehr gering war. Im Jahr 2006 waren es 11 Personen, die an der Aktion teilnahmen. Im Jahr 2005 war die Zahl der Teilnehmenden etwas grösser. Hätte man aber nicht nur den Wohnsitz und den Fahrausweis geprüft, sondern wie im 2006 auch den Fahrzeugausweis, wären nur 19 Personen berechtigt gewesen, ein Abo zu beziehen. Wieso die Eintauschaktionen so wenig Anklang fanden, lag an der beschränkten zielgruppenspezifischen Kommunikation, am mangelnden Interesse und unter anderem auch daran, dass die Aktionen auf die Stadt Bern beschränkt waren.

In Zürich liessen etwa 60 Personen ihr Fahrzeug von neutralen Expertinnen beziehungsweise Experten bewerten. 25 Personen entschieden sich schliesslich, ihr Fahrzeug stehen zu lassen und ab sofort auf die kombinierte Mobilität umzusteigen. Die 25 eingetauschten Autos wurden jedoch in den Gebrauchtwagenhandel für den Verkauf im In- und Ausland überführt. Gemäss Auskunft der Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) und des Verkehrsverbunds Zürich (ZVV) wird diese Aktion in Zürich nicht mehr weitergeführt. Es sei eher ein Marketing-Instrument gewesen, das aber nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat.

Aus diesem Grund ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die Stadt Bern diese Aktion nicht wieder durchführen sollte.

Auswirkungen auf Personal und Finanzen

Für Personal und Finanzen gibt es somit keine zusätzlichen Auswirkungen.

Bern, 13. August 2008

Der Gemeinderat